



Stockhofs aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Es gibt in der Koalition ein gemeinsames Ziel in der Flüchtlingspolitik: Die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge muss nachhaltig und spürbar reduziert werden. Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, werden aufgenommen. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Über die Frage, wie dies erreicht werden kann, gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Als Angela Merkel den vielzitierten Satz „Wir schaffen das“ formuliert hat, sagte sie nicht „Kommt alle rein“! Dank der CDU-geführten Bundesregierung haben wir viel gemacht, darüber habe ich Sie bereits gestern mit meinem Info-Flyer zur Asylpolitik informiert:

Serbien, Bosnien und Mazedonien sowie Albanien, Kosovo und Montenegro sind jetzt sichere Herkunftsländer. Wenn die SPD dieser Forderung schneller zugestimmt hätte, hätten wir übrigens rund 150.000 Flüchtlinge aus diesen Staaten weniger hier in Deutschland. Und jetzt muss jeder einzelne dieser 150.000 Menschen gesondert beschieden werden, bevor er dann abgeschoben werden kann. Eine unnütze Verschwendung von Kräften, die bezahlt werden müssen. Abgesehen davon, dass die rot-grün geführten Bundesländer ihre eigene Abschiebepolitik betreiben und viel zu wenig abschieben. Dies ist auch gegenüber den Menschen unfair, die hier immer mehr Wurzeln fassen, obwohl sie wissen, dass ihr Aufenthalt nicht für Dauer sein wird.

Gestern Abend haben sich die Koalitionsspitzen auf das Asylpaket 2 geeinigt. Im Grundsatz hatten sich CSU, CDU und SPD bereits im vergangenen November auf das Paket verständigt. Bis zuletzt sperrte sich die SPD jedoch beim Thema Familiennachzug. Geeinigt hat man sich jetzt, dass das Recht auf Familiennachzug für alle Flüchtlinge, die den geringeren Status des sogenannten subsidiären Schutzes haben, für zwei Jahre ausgesetzt wird. Das wird demnach künftig auch wieder für einen Teil der Syrer gelten, die zuletzt im vereinfachten schriftlichen Verfahren fast ausnahmslos als Bürgerkriegsflüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt worden waren. Bis 2014 hatte das ausführliche Anhörungsverfahren gegolten, in dem Jahr hatte der Anteil der "subsidiären" Syrer bei rund 13 Prozent gelegen.

Das Anhörungsverfahren wird aber seit Jahresbeginn wieder angewandt. Damit dürfte auch wieder die Quote der "subsidiären" Flüchtlinge zunehmen. Erwartet wird ein Anstieg auf 18 bis 20 Prozent, es

könnten aber auch deutlich mehr werden. Im Gegenzug soll bei künftig zu vereinbarenden Kontingenten für die Aufnahme von Flüchtlingen der Familiennachzug vorrangig berücksichtigt werden.

Wie schon im vergangenen November vereinbart, werden bundesweit fünf Registrierzentren eingerichtet, in denen beschleunigte Asylverfahren für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten vorgenommen werden sollen. In diesen Zentren sollen die Verwaltungsverfahren innerhalb von einer Woche, Gerichtsverfahren innerhalb von zwei Wochen beendet werden.

Für ihre Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen sollen die Flüchtlinge einen Eigenanteil von zehn Euro beisteuern.

Darüber hinaus soll künftig strenger kontrolliert werden, ob ein abgelehnter Asylbewerber aus gesundheitlichen Gründen nicht abgeschoben werden kann. Ein Attest muss künftig unverzüglich vorgelegt werden, und nicht erst kurz vor der Abreise. Auch für die Arztwahl sind Einschränkungen vorgesehen.

Schließlich soll die Liste sogenannter sicherer Herkunftsländer um die nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien erweitert werden. Dafür ist jedoch die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Die Koalitionsspitzen ließen es deshalb offen, ob dieser Punkt als Teil des Asylpakets II oder separat geregelt werden soll, um die übrigen Vorhaben nicht zu verzögern. Für eine Mehrheit im Bundesrat werden auch die Grünen gebraucht, bei denen es unverständlicherweise starke Vorbehalte gegen die Erweiterung der sicheren Herkunftsländer gibt.

Für eine solche Politik kann Angela Merkel nicht verantwortlich gemacht werden, auch wenn das zurzeit gerne nach außen getragen wird. Viele Menschen vergessen angesichts der angespannten Lage, dass viele Forderungen ohne die SPD nicht durchgesetzt werden können. Durch den Grundsatz Sachleistungen vor Geldleistungen sollen Anreize reduziert werden. Dass einige Bundesländer dies nicht umsetzen, muss scharf kritisiert werden. Natürlich ist es ein großer Anreiz für viele, wenn ein Taschengeld von über 100 Euro mehr ist als sie in ihren Herkunftsländern verdienen.

In diesen schwierigen Zeiten trägt Angela Merkel eine enorme Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land und in Europa. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise erfordert Entschlossenheit.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausbauen

Das Kabinett hat in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2016 beschlossen, mit dem es die Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht und seine wirtschaftspolitischen Vorhaben umreißt. Es zeichnet sich ab, dass das Bruttoinlandsprodukt trotz des schwierigen internationalen Umfelds auf dem Niveau der beiden vergangenen Jahre weiter wächst. Diese robuste Wirtschaftsdynamik wird binnenwirtschaftlich von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen getragen. Den positiven Impulsen von Ölpreisentwicklung, Niedrigzins und relativ niedrigem Wechselkurs steht ein Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern gegenüber.

Die gute Wirtschaftslage ist Grundvoraussetzung, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Wir dürfen wirtschaftlich nicht zurückfallen und müssen in der Koalition konsequent daran weiterarbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu stärken. Auf der Grundlage unserer bewährten Finanzpolitik müssen wir die Digitalisierung vorantreiben, die private und öffentliche Investitionstätigkeit stärken, die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen weiter ausbauen, TTIP und der Energiewende zum Erfolg verhelfen. Diese Ansatzpunkte liegen auf der Hand und wir werden darauf achten, dass es mit konkreten Maßnahmen vorangeht.

Deutschland „bestes Land der Welt“

In einer Studie, die das amerikanische Nachrichtenmagazin „US News & World Report“ in Zusammenarbeit mit der Universität Pennsylvania im Rahmen des World Economic Forum in Davos vorgestellt hat, ist Deutschland Gesamtsieger und somit „bestes Land der Welt“. Dazu wurden verschiedene Themenbereiche analysiert: Im Bereich Unternehmertum belegt Deutschland dabei Platz 1. Spitzennoten erhalten unter anderem die Infrastruktur, die fachliche Ausbildung der Bevölkerung, die technologische Expertise und der rechtliche Rahmen für Unternehmen. Im Bereich „Macht“ werden der politische und ökonomische Einfluss sowie die Person der Kanzlerin nahe der Höchstpunktzahl bewertet. In den Bereichen Bürgerrechte und Lebensqualität konnte Deutschland sich ebenfalls in der Spitzengruppe festsetzen. Für die Studie wurden 16.000 Personen in vier globalen Regionen nach ihrer Meinung über 60 Länder gefragt.

(Quelle: Best Countries Report)

Meine Termine vor Ort

31.01.2016 – 04.02.2016	Delegationsreise nach Israel
05.02.2016, 11.00 Uhr	Auszeichnung „Unternehmer des Jahres“ ,Gelsenwasser
09.02.2016, 10.00 Uhr	Eröffnung der Messe „Jagd und Hund“
09.02.2016, 19.00 Uhr	Vorstandssitzung Kreis Frauen Union
10.02.2016, 10.00 Uhr	Kaffeeklatsch Senioren Union Datteln
10.02.2016, 18.00 Uhr	Politischer Aschmittwoch, CDU Marl
10.02.2016, 19.30 Uhr	Fischessen CDU Henrichenburg
11.02.2016, 10.00 Uhr	Bürgersprechstunde CDU Marl
11.02.2016, 18.30 Uhr	Evangelischer Kirchenkreis Recklinghausen
12.02.2016, 17.00 Uhr	Bürgersprechstunde CDU Haltern
13.02.2016, 12.00 Uhr	Klausurtagung CDU Haltern